

# Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Gerberstr. 11V Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 25

Sonnabend, den 18. Juni 1921

25. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streif-, Zuzug fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

### Gesperri:

Grabsteingebiet Meiner, Augsburg-Pfersee. Briege bei Breslau (die Betriebe G. Mildner und Gr. Lisch). Firma Ruben, Kallberge (Müdersdorf). Der Pflastersteinbetrieb Oberbettingen (Eifel). Der Betrieb Westfälische Steinindustrie in Nachrodt. Die Grabsteingebiete Woldt & Falke, Bittau, Neue, Niederoderwitz, Mühle, Großschönbau.

### Streif:

In Essen (Steinwerke Jaminet G. m. b. H.). In München, Süplingen (Schotter- und Pflastersteinarbeiter), Oldenburg und Umgebung, Letmathe und Krefeld.

### Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streif nach Böhmen, Saalfeld, Rudolfsstadt u. Umgebung, Naumburg, Sa. Horn; nach Schreiberhau (Niesengeb.), Wulsdorf, Bezirk Ostfriesland und Pöppenburg. Rinklingen bei Bretten (Steinbruch- und Schotterwerkbetrieb der Firma Wilhelm Büchler). Leunawerk b. Halle. Von Steinmetzen ist der Betrieb zu meiden, eine Einigung über Entlohnung konnte mit Steinmetzmeister Schenter noch nicht erzielt werden.

Steigerwald und Obelbacher Gebiet. Der Schlichtungsausschuß Schweinfurt erhöhte laut Schlichtungsbescheid die bisherigen Löhne um nur 5 Prozent. Beide Parteien enthielten sich zunächst ihrer Zustimmung.

Waintal-Sandsteingebiet. Die Verhandlungen über eine Lohn-erhöhung am Schlichtungsausschuß Wschaffenburg und einer abermäßigten Verhandlung mit den Unternehmern in Wittenberg führten zu keinem Ergebnis. Der Schlichtungsausschuß Wschaffenburg wird jetzt abermals eine Verhandlung ansetzen müssen.

Zuramarmbruchgebiet. Die Unternehmer lehnten den Schwabacher Schlichtungsausschußentwurf ab. Das Landeseinigungsamt wurde zwecks Verbindlichkeitsklärung angerufen.

Ausland. Die Firma Stoer in Andlau (Elsas) ist unbedingt zu meiden. Unseren Kollegen ist überhaupt von Arbeitsangeboten nach dem Elsas dringend abzuraten.

### Erledigte Bewegungen.

Sachsentarif (Werkstein- und Grabmalgruppe). Ab dem 1. Juni laufenden Woche wird ein Stundenlohn von 7.10 Mark und auf den Affortarif eine Feuerungszulage von 610 Prozent gewährt. — Die Marmorfachgruppe war beiden Verhandlungen ferngeblieben. Weitere Schritte, um auch die Marmorarbeiter der Zulage teilhaftig werden zu lassen, sind eingeleitet.

Breslau. Streik bei der Firma Zeidler und Wimmel erledigt.

Bezirk Burgen - Grimma - Weucha. Der Verband der Steinbruchunternehmer teilte der Gauleitung unterm 10. Juni mit, daß bis zum Abschluß des neuen Reichsarbeitsvertrages die Ferien an die Arbeitnehmer gemäß § 11 des Reichsarbeitsvertrages vom 12. September 1919 gewährt werden.

Eine Änderung der derzeitigen Afford- und Zeitlohnätze wird aber abgelehnt.

Ulm a. D. Für die Kunststeinarbeiter bei der Fa. E. Schwent wurde durch Verhandlung eine Erhöhung der Stundenlohnätze mit Wirkung vom 27. April 1921 für die gelernten Arbeiter von 40 Pf., für die angelernten und ungelernen über 18 Jahre alten Arbeiter von 30 Pf. erzielt. Für die jugendlichen Arbeiter und die Arbeiterinnen blieb es bei den bisherigen Löhnen, weil diese das letztemal eine größere Steigerung erfahren wie die der erstgenannten.

Solnhofener Lithographiesteingebiet. Die Unternehmer des Gebietes anerkannten die letzte vorbehaltliche Vereinbarung, die vom Landeseinigungsamt Nürnberg getroffen war.

Schleiz. Der Streik bei der Firma Aug. Uebel Nachf. ist mit Erfolg beendet.

## Der Versuch der italienischen Arbeiter, gewaltsam zu sozialisieren.

Der große Kampf der italienischen Arbeiterschaft im Herbst v. J. ist noch in Erinnerung. Der Lohnkampf der Metallarbeiter führte zur Besetzung der Betriebe durch die Arbeiterschaft und zum Versuch, die Betriebe selbst weiterzuleiten. Die Arbeiterschaft anderer Industriezweige folgte dem Beispiel. Die Regierung hatte den Kampf mit einem Kompromiß zu Ende geführt; es sollten Betriebsräte mit weitgehenden Kontrollrechten der Arbeiterschaft errichtet werden. (Diese Betriebsräte sind, infolge des Widerstandes der Unternehmer, der verschlechtesten politischen Lage der Arbeiterschaft, der inzwischen erfolgten Abkehr der Regierung von einer arbeitserfreundlichen Politik, noch immer nicht errichtet.) Der bekannte Soziologe Prof. Robert Michels veröffentlicht im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ jetzt eine umfassende Studie über den Verlauf und die Lehren dieser großen Bewegung, aus der wir einige uns wichtig scheinende Punkte hervorheben. Er unterrichtet uns zuerst über die politische und wirtschaftliche Vorgeschichte der Bewegung, wie das Unternehmertum in einem Gegensatz zur Regierung kam und wie sich die Wirtschaftskrise, besonders in der Metallindustrie, bereits im Herbst v. J. in Italien fühlbar machte. Die Automobilindustrie geriet in Schwierigkeiten, und die geplante Luxussteuer auf Automobile wurde als neue Erschwerung aufgeführt. Breite Schichten haben eine Propaganda gegen das weitere Bestehen der bereits mächtigen, eine halbe Million Arbeiter beschäftigenden Metallindustrie gemacht, in einem Lande ohne Erz und Kohle, wobei die Rohstoffe infolge der entwerteten Valuta zu hohen Preisen eingeführt werden müssen. Die Preise der Profite und die

Geringsfügigkeit der Arbeitsleistung der Unternehmer, welche am Anfang dieser Bewegung in ihrer Mehrzahl fern vom Lande sich in Ruhe ihrer Ferien erfreuten, empörte die Arbeiterschaft. Auf die Ablehnung der Lohnforderungen antwortete sie mit absichtlich verminderter Arbeitsleistung, worauf die Aussperrung der Arbeiter und als deren Rückschlag die Besetzung der Betriebe durch diese erfolgte. Michels schildert den Vorgang und den Verlauf der Besetzung; deren äußere Form war durch strenge militärische (die Arbeiter haben doch den Krieg mitgemacht) Maßnahmen gekennzeichnet, wofür eine Anzahl interessanter Episoden als Beleg angeführt werden. Die große Frage war aber, ob die Arbeiterschaft fähig sei, die besetzten Betriebe weiterzuführen. Hier folgen einige seiner Feststellungen. „Wenn schon der Verkauf der Fabrikate wegen der Mangelhaftigkeit der Abnehmer, die befürchten mußten, als Fehler vor Gericht zu kommen, schlecht ging, so ging es mit der Neubeschaffung der Rohmaterialien seitens der revolutionären Arbeiter noch schlechter. Die Schwierigkeiten, die ihnen erwuchsen, zeigten klar, daß sich die Sozialisierung der Großindustrie ohne die der Banken und Rohstoffbezugsquellen nicht durchführen läßt. Dazu kam, daß ein großer Teil der benötigten Rohstoffe aus dem Ausland kommen mußte, dieses aber nicht daran dachte, bei so unsicherer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Basis, wie sie die von den Arbeitern besetzten und betriebenen Unternehmungen besäßen, zu liefern. Der Versuch der Fabrikleitung durch die Arbeiter wurde also durch die mangelhafte Rentabilität in Frage gestellt.“ „Die Arbeiter stießen auf die harte Mauer einer, wenn freilich auch nicht im eigentlichen Wortsinne organisierten Solidarität des internationalen Unternehmertums in Industrie und Handel.“ Eine Anzahl Beispiele über amerikanische Kohlenlieferungen, über die Kündigung südamerikanischer und schweizerischer Bestellungen dienen zur Bekräftigung dieser Behauptung.

Interessant sind Michels Ausführungen bezüglich des Verhaltens einzelner Gruppen der Arbeiterschaft, der Ingenieure und schließlich der Unternehmer. Die Ausdehnung der Bewegung auf andere Gruppen, wie die der Metallarbeiter, erfolgte nicht nur als Nachahmung, sondern auch als eine praktische Folge, denn „es stellte sich immer mehr heraus, daß sich die Sozialisierung nicht einseitig auf ein Nischen des gewaltigen, komplizierten, ineinandergreifenden Mechanismus der modernen Produktion beschränken konnte. Beweiskräftig war hierfür das allmähliche Ausgehen der Bestände an gewissen Warenmaterialien in den Fabriken.“ Die Postbeamten, Typographen und ganz besonders die Eisenbahner haben die Arbeiterbewegung nach besten Kräften unterstützt, wofür eine Reihe Einzelheiten angeführt wird. Im Gegensatz hierzu gestaltete sich das Verhältnis zu den technischen Beamten, Ingenieuren usw., auf deren Dienste die Arbeiter jedoch nicht zu verzichten vermochten. Verschiedene Methoden, hier und da auch Gewalt, wurden ihnen gegenüber in Anwendung gebracht, ihre Stellungnahme im allgemeinen war der Arbeiterschaft nicht günstig, was sich aus vielen Gründen erklären läßt. Der italienische Unternehmer als Typus wird in der Studie Michels mit kräftigen Zügen dargestellt. Es hat sich dort in den letzten zwanzig Jahren ein überaus kraftvoller und selbstbewußter Unternehmerstand entwickelt, Herrentaturen amerikanischer Struktur, vielfach ohne tiefere Bildung, häufig aber auf der Höhe der technisch-naturwissenschaftlichen Ausdrucksformen der Zeit stehend. Ihre Empörung über die Erschütterung ihrer Machtstellung hat sie oft zu leidenschaftlichen Schritten geführt. — In Turin ist der Präsident des Verwaltungsrates der Fiat-Werke (größte Automobilfabrik Italiens) mit dem Vorschlag an die Arbeiterschaft herantreten, sie möge sich als Produktivgenossenschaft konstituieren und dann den großen Betrieb auf eigene Faust unter Ablösung oder Verzinsung des Aktienkapitals übernehmen. (Eine ganze Reihe anderer Fabrikleitungen wiederholten den gleichen Vorschlag.) Der Vorschlag wurde von den Arbeitern abgewiesen mit der theoretischen Begründung, daß die Übernahme der privatkapitalistischen Produktionseinheiten in die Hände der diesen entsprechenden Arbeiterschaften in der Form von Produktivgenossenschaften mit ihren Prinzipien unvereinbar sei. Nur die Nationalisierung (Verstaatlichung) der Betriebe läge im Interesse der Arbeiter.

## Etwas vom Egoismus und Idealismus.

Wer von unseren Kollegen die Gelegenheitsarbeit hatte, die letzten Nummern des Deutschen Steinbildhauer zu lesen, wird sicher seine Freude an den schönen Artikeln, gezeichnet Otto Schilling-Greifswald, gehabt haben. Man konnte feststellen, daß dieser Unternehmer trotz außerst beschwerlicher Arbeit, die sich nicht etwa wie bei seinen Arbeitern auf „nur ganze 8 Stunden“, sondern auf die Zeit von morgens früh bis abends spät erstreckt, doch immer noch so viel freie Zeit hatte, die schöne Literatur auswendig zu lernen. Besonders ein Artikel ist derart von „schönen“ Versen durchsetzt, daß, wenn diese alle eigenes Fabrikat wären, ein Goethe oder Schiller vor Neid darüber eröten könnte.

Es ist doch etwas Schönes, wenn man seine kostbare Zeit nicht wie die jungen Arbeitnehmer verträdelnd und verbummelt, indem sie von Sozialisieren faseln und durch Beteiligung an der Politik versuchen, allen Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, sondern wenn man sich nach dem Willen des Herrn Schilling richtet:

„Bau nach Lust dein Feld,  
Nach deinem Bedarf dein Haus;  
Und sieh auf die tolle Welt  
Behaglich zum Fenster hinaus.“

Natürlich darf man dabei auch nicht vergessen (immer nach den Ratschlägen des Herrn Schilling), am Tage mindestens eine Stunde im Klubessell mit der Savanna zu ruhen, mindestens eine Stunde dem Genuß und der Erholung in der Natur zu widmen und noch mindestens eine Stunde in einem guten Buch zu lesen. Es kommt eben nur auf eine „vernünftige Zeiteinteilung“ an. Doch darin ist ja leider der Arbeiter unbehilflich. — Statt im Klubessell zu sitzen, geht er in die Fabrik, um sich in schwerer Arbeit müde zu raderen. Statt sich an einem guten Buch zu erbauen, setzt er sich nach Feierabend mit seiner Frau hin und rechnet und rechnet, wie er wohl bei seinem kärglichen Lohn des Leibes Notdurft in Nahrung und Kleidung betriebligt, statt sich in der Natur zu ergehen, läuft er mit seinesgleichen in Versammlungslokale und beratschlagt, um das große Elend der breiten Masse im gegenseitigen Helfen zu beseitigen. Es gibt eben leider noch zu viele Menschen, die nach dem Worte leben:

„Wer am meisten für die andern lebt,  
Der hat am meisten für sich selbst getan.“

Doch wie wird mir? — Eben sehe ich, daß es ja auch ein Zitat des Herrn Schilling ist. Was mag nun da das Nichtigste sein? — (Die Antwort wird den Kollegen nicht allzu schwer fallen, wenn sie sich die Nummer 17 des „Steinmetz“ zur Hand nehmen und dort den Bericht über Greifswald nachlesen. D. W.) Nun lese ich aber im „Steinbildhauer“, daß auch unsere Herren Arbeitgeber ab und zu Sitzungen und Versammlungen abhalten, nur scheint es da etwas gemüthlicher herzugehen als wie in jenen der Steinmetzen. Woran mag dieses wohl liegen? Herr Schilling gibt uns da einen beachtenswerten Wink, indem er sagt:

„Es ist nicht zu verstehen, weshalb die Versammlungen in minderwertigen Lokalen abgehalten werden. In einem schönen Lokal hat man doch immer etwas Kunst und Schönheit um sich. Der Steinmetz baut Brücken und Burgen, Kirchen und Dome, Schlösser und Paläste. Die herrlichsten Säulengänge und Marmorprachtstücke werden von ihm geschaffen, darum ist das beste Lokal für den Steinmetz — nein — Steinmetzmeister gerade noch gut genug. Reitenpunkt? Wir haben so nichts und so nichts. Wir brauchen doch heute nicht mehr für uns und unsere Kinder, sondern nur noch für den Staat zu sparen — also!“

Seht Kollegen! Hier ist ein Fingerzeig, den ihr nicht vergessen solltet. Wenn ihr danach handelt, dann werdet ihr euch in den Versammlungen nicht immer nur damit zu beschäftigen brauchen, wie ihr eure elende Lage verbessert, sondern könnt fröhlich sein, denn wozu für den Staat sparen? Und dann gibt Herr Schilling noch folgende Ratschläge:

„Nur nicht aus dem blassen Hiersein eine Tragödie machen, lieber lachenden Auges an den Bitternissen des Lebens vorübergehen und die blaue Blume der Romantik pflücken, wo sie sich irgendwo am Wege bietet. Darum jung und froh sein und wenigstens nach der Sitzung über Bord mit dem trockenen Rest und das Herz zu Worte kommen lassen. Und wenn etwas weiblicher Liebreiz und Frohsinn dabei ist, so ist dieses durchaus kein Fehler. Es braucht durchaus nicht immer die eigene Frau zu sein. Es gibt große und weitdenkende Männer, die voller Rücksicht die teure Gattin gern mit beschwerlichen Reisen (kommt bei uns nicht in Frage. D. W.) verschonen und sich bescheidenweise auch einmal mit einer andern begnügen.“

Schön gesagt, nicht wahr?! — Wie wird uns da wieder? — Ich nehme natürlich an, daß man sich nur an dem Liebreiz und Frohsinn anderer Frauen ergötzen soll. Trotzdem höre ich schon wieder fragen: Kostenpunkt? — Na, wozu für den Staat sparen? Handelt danach, dann werdet ihr die Sorgen des Zuhause vergessen, dann werdet ihr eurem Arbeitgeber nicht die Früchte einer zwei- und dreifach größeren Arbeit neiden, dann werdet ihr merken: Es ist auch so eine Lust zu leben.

Doch nun genug des grauamen Spiels. Wir wissen ja, daß nicht alle als Idealmenschen auf der Erde einher wandeln und nicht jeder mag sich mit den Sorgen seiner Volksgenossen das eigene Leben verbittern, sondern mancher stellt lieber sein eigenes Wohlergehen über alles andere. Wir wissen auch, daß alle diese Egoisten sich einbilden, die Welt sei nur ihretwegen geschaffen und sie seien die besten Kerle, die überhaupt existieren. Wenn aber solche Zeitgenossen den andern mit frommem Augenaufschlag noch allerhand ölige Lehren erteilen wollen, dann widert es den Durchschnittsmenschen an.

Welche Mitten manchmal der Egoismus des einzelnen zeitigt, unter dem Dedmantel „hochanständig“ konnte ich letzthin in einem Eingekant in „Greifswald“ lesen. Unter der Ueberschrift: „Was von einer Hausdame alles verlangt wird.“ Es hat gewiß mit unserm heutigen Artikel nur den Zusammenhang, daß der Ort der Handlung Greifswald ist. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Ein Greifswalder Fabrikbesitzer (Junggefelte) suchte eine Hausdame. Meldung einer solchen erfolgte. Antwort darauf mit der Anforderung eines Brustbildes; dann erhielt die Dame folgenden Antwortschreiben:

„Sehr geehrtes Fräulein! Empfang v. Schreiben und gebe das Bild dankend zurück. Da die Entfernung sehr weit ist, möchte ich nochmals die Punkte hervorheben, auf die es ankommt, um uns unnütze Zeiterwässerung zu ersparen. Ich brauche einen Menschen von heiterer, fröhlicher Natur, von herzlichem, natürlichem, schmeichlerischem Wesen, fleißig und tüchtig im Haushalt, sehr sauber und ordnungsliebend, nicht übernehmend und verträglich, etwas musikalisch, von guter, voller Figur, volle Figur ist Bedingung, ebenso gesund, keine falschen Zähne oder Haare, die ein gemüthliches Heim zu bereiten versteht und dem Manne alles sein will und sein kann, also Sie müßten auch einem eventuellen intimen Verkehr Rücksicht tragen, bemerke aber dazu, daß Sie mit einem grundanständigen Menschen zu tun haben. Daß meine Person und meine Häuslichkeit Ihnen gefallen, dafür garantiere ich. Bitte umgehend Bescheid, ob alle Punkte zutreffend sind, wir könnten uns dann positiven Falles in Rißingen oder besser Harzburg treffen. Wenn Sie mir gefallen, übernehme ich alle Ankosten, denn dann spielt das Geld gar keine Rolle, andererseits trage die halben Reisekosten. Haben Sie auch gute Zeugnisse?“

Hochachtungsvoll

(Unterschrift.)

Ein Verwandter der Dame, der das Eingekant veranlaßte, hat im letzteren mit seiner Meinung nicht zurückgehalten und damit sicherlich die Zustimmung aller gesund denkenden Menschen in Greifswald gefunden. Dann kam aber das merkwürdige:

Ungefähr 14 Tage später sah sich ein der Steinindustrie nahestehender Herr veranlaßt, im vorstehend bezeichneten Blatt durch seinen Rechtsbeistand eine Erklärung in folgendem Sinne zu veröffentlichen: Das in Nummer so und so des genannten Blattes erschienene Eingekant beruhe auf Unwahrheit, die betreffende Dame behaupte, daß der fragliche Herr in ein so schlechtes Licht geraten sei. Gleichzeitig wurde angedroht, wer über den Artikel weiter spreche, gegen den würde gerichtlich vorgegangen! Ich will nicht untersuchen, wer hinter diesem „hochanständigen Herrn“ steckt. Führe den Vorgang nur zum Beispiel an, einmal weil er in Greifswald seinen Ursprung hat; dann durch die wirklich kluge Erklärung den andern Mitmenschen einen Maulkorb anlegen will und ferner scheint mir der Vorgang zu der Ueberschrift zu passen, weil er von „hohem Idealismus“ zeugt. Das heißt, wie ihn jener Fabrikbesitzer und Junggefelte auffaßt.

Für uns ist es schon klar, daß in den Kreisen, in denen der Kostenpunkt keine Rolle spielt, die Moral oft in gegenständlicher Menge vorhanden ist. Wir wissen ferner, daß solche Stellen es dem Arbeiter besonders schwer verübeln, wenn er durch seine Beteiligung am öffentlichen Leben mithelfen will, diesen Sumpf auszuröten. Darum sollte jeder wirklich anständige Mensch sich hüten, dem Arbeiter daraus Vorwürfe zu machen, daß er sich mit Politik, also der Schaffung einer gesunden Wirtschaftslage, der ersten Voraussetzung zur Erreichung einer sittlichen Höhe, befaßt.

Wenn aber trotzdem Herr Schilling in Bezug auf die Beteiligung des Arbeiters an der Politik in seinen Artikeln sagt: „Hunderttausende von Menschen werden systematisch unzufrieden gemacht, aber noch nicht ein einziger ist dabei glücklich geworden.“ Und weiter: „Unreife, arbeitsfähige Menschen sind von dem Wahn erfüllt, bequemere Wege zur Hand zu bekommen, was sich ältere Menschen ein Lebenlang in schwerer Arbeit erworben haben.“

Dann muß der Arbeiter schon sagen: Mit solchen Mäxchen lockt man seinen Hund hinter dem Ofen hervor. Die Arbeiter verlangen heute ein Mitbestimmungsrecht, damit ihr Geschick nicht von der zufälligen Einsicht eines abhängigen ist. Und es ist gut, wenn heute der Arbeiter trotz allen Gegegnungen einzelner Stodgoisten nach dem Worte Lassalles handelt:

„Die Besten müssen springen in den Riß der Zeit, nur über ihre Leiber schließt er sich, nur ihre Leiber sind der feilste Samen, aus dem der Völkerrichter üppige Pflanze grünend herausschießt, eine Welt befruchtend.“

G. N., Berlin.

## Das Erstarken des Kapitalismus.

In seiner Programmrede hat der Reichszentralrat Dr. Wirth auch betont, daß zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnern nicht auch noch Reparationsgewinnern kommen dürften. Die Reichsregierung würde alles tun müssen, dieses Wort wahr zu machen und wenn ihr das gelingt, dann allein hat sie schon einen großen Teil der Wünsche des Volkes Genüge getan.

Wie märchenhaft sich der Kapitalismus entwickelt hat, darüber geben neben den Geschäftsabschlüssen der Aktiengesellschaften auch die der Banken genaue Aufschlüsse. Vor kurzer Zeit hat die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt zu Leipzig der 65. ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre den Geschäftsbericht auf das Jahr 1920 vorgelegt. Wer als einfacher Mann und noch dazu als Arbeiter, der das Jonglieren mit Zahlen nicht gewöhnt ist, diesen Bericht in die Hand nimmt, der fragt sich erstauert: wie ist es möglich, daß solche gewaltige Erträge sich der allgemeinen Volkswirtschaft in die Treibjohre der Kapitalmagnaten fließen können, zu demselben Zeitpunkt, an dem Millionen von Volksgenossen bitterste Not leiden? Um nur einen Einblick zu geben, sei erwähnt, daß sich der Gesamtumsatz der Anstalt auf 157 089 Millionen Mark bezifferte gegen 65 418 Millionen im Jahre 1919. Kann sich der einfache Mann solche Ziffern überhaupt vorstellen? Wohl kaum! Freilich, diese Summen sind nur Nummern, buchmäßig eingetragen und werden beim Umsatz nur hin und her geschoben, aber bei diesem Geschäft bleiben doch erhebliche Summen hängen und die müssen wirklich bezahlt werden. Das Gewinn- und Verlust-Konto weist einen Reingewinn von 52 243 048,04 M. auf. Da ist es kein Wunder, wenn das Aktienkapital von 125 000 000 M. auf 180 000 000 M. erhöht wurde. Ueber die Reserven sagt der Bericht: „Die wesentliche Verstärkung unserer Reserven, denen wir aus dem Gewinn 16 012 000 M. zuzuführen vorschlagen, wodurch sich die offenen Reserven auf 80 000 000 M. gleich 50 Proz. des Aktienkapitals erhöhen, erscheint im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland geboten.“ Der kluge Mann baut vor und man ersieht aus diesen Ziffern, daß dies der Kapitalismus gründlich tut. An Zinsen nahm die Anstalt in laufender Rechnung und per Saldo 48 658 419,99 M. mehr ein als im vorigen Jahre, das Provisionsverhältnis ist um 34 405 978,48 M. gestiegen. Die Handlungskosten sind um 88 047 078,14 M. gewachsen, welcher Summe gegenüber die Steigerung der Steuern um 4 922 804,75 M. kaum ins Gewicht fällt. Die Gesamtsumme der Handlungskosten beträgt sich auf 80 860 821,26 M., sind also beinahe so hoch wie der Reingewinn. Aus der Ziffer geht aber hervor, was es sich der Kapitalismus kosten läßt, seine Saugnapfe überall da anzusetzen, wo die Sache lukrativ zu werden verspricht.

Aus den angeführten Ziffern und Erträgen geht hervor, daß Reichsnotopfer und ähnliche Abgaben, die das Reich retten könnten, mit leichter Mühe zu tragen sind. Aber das ist eine stete Sorge dieser Klasse. Darüber ein Satz. Der Bericht beklagt das Ueberfordern der Arbeiter. Dann heißt es: „Es kann ohne weiteres gesagt werden, daß die Ueberforderung auf eine sehr geringe Zahl beschränkt werden könnten, wenn für die Banken diejenige Tätigkeit mitgeteilt würde, welche für sie veranlaßt ist durch die zahl-

reichen einschlägigen Gesetze, wie das Depotzwangsgesetz, die Kapitalfluchtverordnung, das Kapitalertragssteuergesetz, die Vorschriften über Anmeldung von ausländischen Wertpapieren, Verbotung von Effektendepots aus Anlaß des Reichsnotopfers usw. usw.“ Hoffentlich dienen die Ueberforderungen nicht dazu, zu erreichen, wie man diese Gesetze am besten umgeht.

Versteht sich, daß auch das arbeitslose Einkommen unter der Last der Geldentwertung zu leiden hat und die Herren Aktionäre stimmen darüber ein großes Lamento an:

Während bei den Einkommen der Angestellten dem Gesichtspunkt der Geldentwertung selbstverständlich weitgehend Rechnung getragen wurde, blieben die Aktionäre ziffernmäßig auf ungefähr die gleichen Erträge beschränkt, die sie vor dem Kriege gehabt haben, ungeachtet dessen, daß für sie die nun in Papiermark gezahlte Dividende auch nicht annähernd den Wert der früheren Goldmark-Dividende hatte. Die jetzt in Erscheinung tretenden Erhöhungen der Bankdividenden bringen den Aktionären noch keineswegs das, was den Aktionären von Handels- und Industrieunternehmen fast durchweg an Vorteilen in Form von erhöhten Dividenden, billigen Bezugsrechten usw. zugeflossen ist.

Es ist jedenfalls nicht über, das arbeitslose Einkommen der Aktionäre mit dem fauren Einkommen der Angestellten zu vergleichen. Indes eine Würdigung dieses Vergleichs kann hier außer Betracht bleiben, jeder Leser kann sich seine Schlüsse selbst ziehen. Nur soll noch darauf hingewiesen werden, daß die Höhe von 12 Proz. Dividende nach einem vorliegenden Blatte in den 65 Jahren bisher außer in dem verflochtenen Jahre noch in den Jahren 1889 und 1890 erreicht wurde. Im Jahre 1872 aber betrug sie 15 Proz. Das ließe einen Rückschluß auf die Gründerperiode zu. Der niedrigste Prozentsatz ist 1857/58 mit 2½ gezahlt worden. Seit 1870 aber hat er nur einmal 5½ betragen, sonst hat er sich immer auf beträchtlicher Höhe gehalten.

Im übrigen weist der Bericht auf die fortschreitende Konzentration im Bankgewerbe hin. Teilweise sind Privatbankfirmen und Provinzialbanken, darunter solche von größerer Bedeutung aufgesaugt worden, eine Entwicklung, von der es zweifelhaft sein kann, ob sie, vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, zu begrüßen ist.

Danach wird der Kapitalismus natürlich nicht fragen, ihm ist sein Wohlergehen oberstes Gesetz.

## Die Steigerung der Kosten für den Ernährungsbedarf.

Die auf Grund der Teuerungsstatistik berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten erfaßt zwar sehr wichtige Teile der Ausgaben für den Lebensunterhalt, aber doch nicht den ganzen für den Gesamthaushalt einer Familie notwendigen Aufwand. Welchen Anteil an den Gesamtausgaben einer Familie aber die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung oder Beleuchtung ausmachen, läßt sich ohne weiteres nicht sagen. Frühere auf Grund von Wirtschaftszählungen durchgeführte Untersuchungen bieten nur wenig Anhalt, da die ökonomischen Wirkungen des Krieges und der staatlichen Wirtschaftspolitik starke Verschiebungen in der anteilmäßigen Zusammenfassung des Familienbudgets gebracht haben. Erinnert sei nur daran, daß die Miete im Frieden oft weit mehr als 10 v. H. der Gesamtausgaben erforderte, während sie gegenwärtig selten mehr als 5 v. H. beträgt.

Um für die Entwicklung der Kosten des wichtigsten Ausgabe-postens, für den Ernährungsbedarf, zahlenmäßige Unterlagen zu gewinnen, wurden auf Grund der Teuerungsstatistik besondere Berechnungen für die Ernährungsausgaben durchgeführt. Diese Untersuchungen erstrecken sich ebenso, wie die Reichsindexziffern, auf die 47 vom „Eilbient“ erfaßten Gemeinden. Nimmt man auch hier als Basis und als Vergleichsmaßstab den Durchschnitt aus den Jahren 1913/14, den man gleich 100 setzt, so erhält man folgende Zahlen für den reinen Ernährungsindex (1913/14 = 100):

1920	Februar	854	Juli	1156	Dezember	1272
	März	1003	August	1049	Januar	1265
	April	1123	September	1032	Februar	1191
	Mai	1178	Oktober	1129	März	1188
	Juni	1133	November	1184	April	1171

Diese Zahlenreihe zeigt, daß sich schon im Februar 1920, jenem

Verhältnismäßig noch billigen Monat, die Ernährungsausgaben um mehr als das 8½fache gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert hatten, während der „Lebenshaltungsinde“, der außer Ernährung auch noch die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und die Miete erfaßt, damals gegenüber der Friedenszeit erst eine Verteuerung auf das 6½fache zeigte. Der Ernährungsinde geht dann steil in die Höhe — in jenen Monaten machten sich im Kleinhandel die Folgen unseres Wertaufschlusses ganz besonders geltend — und erreicht im Mai eine fast 12fache Steigerung gegenüber der Friedenszeit. Im Sommer machen sich die damalige leise Entspannung unserer wirtschaftlichen Lage und die immer in dieser Jahreszeit günstigeren Verhältnisse auf den Lebensmittelmärkten im Ernährungsinde deutlich bemerkbar: er sinkt langsam bis auf eine 10½fache Verteuerung gegenüber 1914 im September. Dann aber reißt eine neue Teuerungswelle auch die Ernährungsausgaben rasch in die Höhe. Im Dezember des vorigen Jahres hatte eine fünfköpfige Familie 12½ mal so viel als im Frieden für den notwendigsten Bedarf an Nahrungsmitteln aufzuwenden. Seitdem hat sich unverkennbar eine Erleichterung geltend gemacht. Geführt von den ausländischen Einfuhrlebensmitteln, die durch den festigen Preissturz in den Produktionsgebieten in Mitleidenschaft gezogen wurden und deren Preisbildung in Deutschland stark durch unsere in den letzten Monaten einigermaßen stabile Valuta beeinflusst wird, bröckelten die Preise für eine Reihe von Nahrungsmitteln nicht unerheblich ab. Aber immerhin erforderte die Ernährung im April dieses Jahres noch fast 11½ mal so viel als vor sieben Jahren.

Dabei bleibe nicht unerwähnt, daß die Verteuerung der Nahrungsmittel nicht unwesentlich gegenüber anderen Lebensbedürfnissen zurückbleibt. Die Ausgaben für die Bekleidung haben sich ungefähr um das 14- bis 15fache und die Heizungs- und Beleuchtungskosten um mehr als das 18fache gesteigert. Der Gesamtsinde, in den die Bekleidungs- und Heizungsleistungen nicht eingerechnet sind und der jetzt eine knapp 9fache Verteuerung anzeigt, wird sehr stark durch den verhältnismäßig nur unerheblich vergrößerten Mietaufwand beeinflusst.

In den Zahlen des Ernährungsinde drückt sich die Entwicklung im Durchschnitt des Reiches aus. In einzelnen ist die Bewegung nicht sehr einheitlich verlaufen. Die mehr oder minder große Nähe von den Produktionsgebieten, größeres landwirtschaftliches Hinterland, die Nachbarschaft mit den Einfuhrhäfen und ähnliche Verhältnisse beeinflussen naturgemäß den Lebensmittelmarkt in den einzelnen Gemeinden. (Wirtschaft und Statistik.)

## Neuregelung des Lohnabzugs.

Die neuerdings durch die Tagespresse gegebenen Mitteilungen über eine geplante Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen bedürfen einer Ergänzung und Nichtigstellung. Tatsache ist, daß die Finanzverwaltung beabsichtigt, die Besteuerung des Arbeitseinkommens demnächst auf eine andere Grundlage zu stellen, und zwar soll versucht werden, eine vereinfachte Handhabung des Abzugsverfahrens möglichst schon ab 1. Juli 1921 eintreten zu lassen. Es handelt sich im wesentlichen darum, das bisherige Verfahren, das bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern eine spätere Abrechnung (Veranlagung) bedingt, in die endgültige Abtragung der Steuerpflicht für das Arbeitseinkommen gleich an der Quelle (bei der Lohnauszahlung) umzuwandeln. Die Vorberhandlungen, zu denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereine hinzugezogen wurden, stehen gutem Vernehmen nach vor dem Abschluß, und es wird in der aller nächsten Zeit eine Novelle zum Einkommensteuergesetz den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Durch die vereinfachte Besteuerung des Arbeitseinkommens soll erreicht werden, daß bei Arbeitseinkommen unter 24 000 Mark (Lohn oder Gehalt einschließlich aller Nebenbezüge) keine Veranlagung mehr nötig sein wird. Das wird schon deshalb leicht erreicht werden, weil die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, weiterhin die sich aus § 13 des Einkommensteuergesetzes ergebenden steuerfreien Kosten (z. B. Lebensversicherungen, Sterbefassenbeiträge, Beiträge für Berufsvereinigungen usw.) und die sogenannten Werbungskosten (Fahrtgeld, Arbeitskleidung usw.) in Zukunft mit einem Pauschalbetrag — voraussichtlich 1800 Mark jährlich — abgegolten werden sollen. Eine Veranlagung wird dann nur noch erforderlich sein, wenn dieser Pauschalbetrag wesentlich überschritten wird, oder wenn ein Arbeitnehmer durch besondere wirtschaft-

## Vom Deutschen Tuberkulosekongreß

III.

Der dritte und letzte Tag galt der „sozialen Bekämpfung der Tuberkulose“. Vorgelesen waren hier 17 Vorträge: Chirurgische und ambulante Behandlung, Schwangerschaft und Tuberkulose, Berufsberatung und Berufsversorgung, Versorgung tuberkulöser Kriegesbeschädigter, Tuberkulose-Gesetzgebung, Betriebsärzte und Tuberkulose, Krankeinstellen, Fürsorgestellen, Lungenheilstätten, Volksbelehrung, Volksaufklärung, Prostitution.

Die Bedeutung der chirurgischen Behandlung der Lungentuberkulose für die soziale Fürsorge. Berichterstatter: Prof. Sauerbruch (München). 1. Es ist festgestellt, daß es gelingt, auf operativem Wege einseitige chronische fibröse-tuberculoide Lungentuberkulosen zu heilen.

2. Diese Heilung schließt den Wiedergewinn der Freude am Leben und an der Wiedererwerbsfähigkeit in sich.

3. Die Heilungen sind erzielt nur bei begüterten Menschen, sondern vor allem auch bei zahlreichen Angehörigen der minderbemittelten Gesellschaftsklassen.

4. Durch diese operative Heilung gelingt es, gerade die große Infektionsgefahr, die von solchen chronischen, bazillamentierenden, in der Familie weilenden Kranken droht, auszumerzen.

5. Es muß daher als eine grundsätzliche und großzügig in Angriff zu nehmende Aufgabe der Tuberkulosebekämpfung bezeichnet werden, daß in weitem Rahmen die operativen Möglichkeiten für diese chirurgische Heilung der Lungentuberkulose allseitig ausgebaut und ausgenutzt werden.

Der Professor Sauerbruch brachte aus seiner reichen Erfahrung die Begründung zu den vorstehenden Leitsätzen und als lebendes Beispiel seiner ärztlichen Kunst stellte er einen 25jährigen Klempner vor, dem er durch operativen Eingriff den linken Lungenspiegel herausgenommen. Eine gewaltige Narbe, die sich auf dem ganzen Rücken in seiner Länge neben dem linken Schulterblatt in einem Bogen herunterzieht, gibt Zeugnis von der Operation. Der Vortragende führte auch Zahlen an über seine gelungenen und mißlungenen Eingriffe. (Mißlungen insofern, daß die Patienten starben.) Jedenfalls war es eine Sensation, den operierten jungen Menschen vernünftig und lebensfähig durch den Saal wandern zu sehen, von kundigen ärztlichen Händen betastet; seine Arbeitskraft soll nach seinen eigenen Aussagen nicht geschmälert sein. — Nach den Darlegungen auf dem Kongreß scheint dem chirurgischen Eingriff bei der Tuberkulosebehandlung künftig eine wesentliche Aufgabe zuzufallen.

Soziale Bedeutung der ambulanten spezifischen Tuberkulosebehandlung. Berichterstatter: Prof. Dr. Petrusch (Danzig). 1. Im gegenwärtigen Stadium einer weitgehenden Volksdurchseuchung mit Tuberkulose genügen rein vorbeugende Maßnahmen gegen die Krankheitsübertragung nicht zur wirksamen Bekämpfung der Tuberkulose, auch nicht in Verbindung mit der Fürsorge für die bessere Ernährung und Bekleidung der Tuberkulösen.

2. Die frühzeitige Erkennung und die frühzeitige und wirksame Behandlung aller mit Tuberkulose angefallenen Volksglieder ist außer dem im Leitatz 1. erwähnten Maßnahmen dringend notwendig und nach dem gegenwärtigen Stande der wissenschaftlichen Erkenntnis ohne unerwünschte Kosten durchführbar.

3. Die kostspielige stationäre Behandlung Tuberkulöser in Heilanstalten ist für ansteckende Kranke im Interesse des Gemeinwohls zu erstreben, aber aus wirtschaftlichen Gründen zur Zeit nicht reflexlos durchführbar.

4. Für nicht ansteckende Kranke kann eine stationäre Behandlung stets nur eine Episode in der Jahre hindurch fortzuführenden

Behandlung sein. Sie kommt namentlich für schwächliche und fiebernde Kranke in Betracht. Für den weitaus überwiegenden Teil der nicht ansteckenden Kranken wird die Behandlung nach Lage der Verhältnisse ambulatorisch durchgeführt werden müssen.

5. Eine Unterlassung der rechtzeitigen ambulanten Behandlung unter Vertrottung auf eine später vielleicht zu ermöglichende Heilstätten- oder Waldheilungsstube oder eine Abfindung mit Milchkarren und gesundheitlichen Ratschlägen ist ein ganz schwerer sozialhygienischer Fehler, der sich nicht nur an dem einzelnen in dieser Weise „vertröteten“ Kranken, sondern indirekt auch am Volksganzen rächt, weil die Entstehung neuer ansteckender Fälle die Folge dieser Unterlassung ist.

6. Ist die unter 5. ausgesprochene „soziale Einsicht“ gewonnen, so ergibt sich als Forderung:

a) die frühzeitige und möglichst restlose Erkennung (Diagnose) der erfolgten tuberkulösen Infektion vom kindlichen Alter ab;

b) die weitgehende, möglichst restlose ambulante Frühbehandlung der Infizierten, unabhängig von ihrem jeweiligen Ernährungszustand. Jedes Abwarten klinisch hervortretender Krankheitserscheinungen ist eine verhängnisvolle Zeitverschwendung.

7. Da die Ansteckung des überwiegenden Teils der Menschen bereits im Kindesalter erfolgt, so ergibt sich die ambulante Frühbehandlung der Kinder als erstes und wichtigstes Kampfmittel gegen die Tuberkulose. Das Ziel ist Heilung der Krankheit vor der Entstehung ansteckender Krankheitsformen.

8. Die Frühbehandlung hat die möglichste Steigerung der persönlichen Widerstandskraft gegen Tuberkulose zu erstreben, und zwar gleichzeitig:

a) durch allgemeine „Abhärtungsmittel“;

b) durch Anwendung „spezifischer“ Abhärtungsmittel gegen Tuberkulose, d. h. mittels milder Tuberkulinbehandlung.

9. Die allgemeine Durchführung der Frühdiagnose auf dem Wege der Volksbelehrung und der Gesetzgebung ist als Aufgabe des Staates zu betrachten. Die Durchführung der Frühbehandlung ist durch Zusammenwirken des Staates, der Gemeinden und der Wohlfahrtsvereinigungen zu fördern.

10. Als Kurmittel kommen in erster Linie diejenigen in Frage, welche sich als unschädlich, wohlfeil und wirksam erweisen haben:

a) natürliche Sonnen- und Luftbäder, feuchte Abreibungen, geeignete Leibesübungen im Freien;

b) Einreibungen mit Tuberkulin-Linimenten, die unter ärztlicher Anleitung durch die Eltern oder Krankenschwestern durchgeführt werden können.

11. Da die Aufgabe eine sehr große ist, so empfiehlt sich ein geregelter planmäßiges Vorgehen. Die Sanierung des nachwachsenden tuberkulöser Familien ist in erster Linie zu erstreben. Demnächst ist die Sanierung von Waisenhäusern (nach dem Vorgange in Zürich) und andern Wohngemeinschaften von sozialer Wichtigkeit. Schließlich ist die Untersuchung sämtlicher Schulkinder und die Frühbehandlung der infizierten durchzuführen.

12. Die ambulante Behandlung ist durchweg von sachkundigen Ärzten zu leiten. Die Frage, ob im Einzelfalle die Fürsorgestelle selbst behandeln oder nur zur Behandlung überweisen soll, wird vorläufig an verschiedenen Orten verschieden zu lösen sein.

13. Für die Fortbildung der Ärzte (namentlich der Fürsorgeärzte) auf dem Gesamtgebiete der Infektionskrankheiten, speziell der Tuberkulose, ist Sorge zu tragen. Die Medizinalbeamten sind zur Leitung der Tuberkulosebekämpfung ebenso wie zur Bekämpfung der übrigen Seuchen in Anspruch zu nehmen. „Soziale Interesse“ genügt nicht als Befähigungsnachweis für Tuberkulosebekämpfung.

14. Der Kampf gegen den Alkoholismus und die Geschlechtskrankheiten ist deswegen auch für die Tuberkulose von sozialhygienischer Bedeutung, weil die Nachkommen von Alkoholikern und Geschlechtskranken eine verminderte Widerstandskraft gegen Ansteckung mit Tuberkulose haben und viel schwerer heilbar sind z. B. Nachkommen Tuberkulöser.

Zwei weitere Vorträge über „Berufsberatung und Berufsversorgung für tuberkulöse Erkrankte“ und „Betriebsrat und Tuberkulose“, brachten nicht, was man erwarten konnte; beide Vortragende waren Dresdner Ärzte. Das erste Thema behandelte Prof. Dr. Beshorner, der umfangreiche Leitsätze begründete, auf deren Wiedergabe wir verzichten können. Der Punkt 3 in seinen 15 Punkten wird auch in unsern Berufsrechtlichen Widerstand finden:

3. Statistische Erhebungen über den Zusammenhang zwischen Beruf und Tuberkulose erwecken falsche Anschauungen, denn die Statistik gibt nicht nur ein Bild der gewerblichen und beruflichen Schädigungen, sondern sie umfaßt auch die ungesunden äußeren Einflüsse, denen der Arbeiter außerhalb seiner Arbeitsstätte ausgesetzt ist; sie schiebt vieles dem Berufe in die Schuhe, was körperlicher Anlage und Schwächlichkeit zur Last fällt. Vollgültige Beweiskraft haben nur klinische Beobachtungen, pathologisch-anatomische Forschungen und anderweitige wissenschaftliche Untersuchungen.

Dieser Einerseits- und Andererseits-Standpunkt hat z. B. im Steinerwegwerk keinen Boden und wenn der Vortragende in seiner mündlichen Begründung gar noch ausführte: „Der Zusammenhang mit Beruf und Tuberkulose sei noch nicht klar erwiesen“, dann sind von uns auch seine andern Ausführungen dementsprechend einzuschätzen. Die Berufsverhältnisse und die Tuberkuloseerkranklichkeit in dem Dresden-Birnaer Sandsteingebiet oder richtiger gesagt in dem Elbsandsteingebiet, sind dem Herrn Prof. Dr. Beshorner aus Dresden wahrscheinlich unbekannt. Vielleicht haben wir noch Gelegenheit, zu dieser Kenntnis beizutragen.

## Die Tat.

Der lebensfrohe Mensch kann nicht leben ohne die Tat. Untätigkeit ist ihm Tod. Tat ist Leben. Alles Denken und Fühlen verlangt gebieterisch nach der Tat. Die Tat allein ist das Glück. Die Tat allein ist Befreiung, Erlösung.

Der Mensch, der fühllos ist, hat auch den unwiderstehlichen Drang zum Handeln. Schon der Schmerz zwingt zum Tun. Sinaus stürzt der Mensch, wenn der Schmerz ihn packt. Und wenn die Freude ihn erfüllt, dann kann seine Tat nicht groß genug sein, dann möchte er mit der vollen Stärke seiner Arme umschlingen die ganze Welt. „Seid umschlungen Millionen.“

Kann es da anders sein, als daß Religion auf das Innigste verbunden ist mit dem Leben, wahre Religion. Wer Religion erlebt, muß auch handeln, und je tiefer und inniger er religiös empfindet, um so größer muß die Tat sein, soll sie Befreiung geben der verlangenden Menschenbrust.

Darum waren auch alle großen religiösen Geister Männer der Tat. Taten verlangten die Propheten des „Alten Testaments“. „Seid Täter des Wortes“, sagte auch Jesus.

Kann es aber eine gewaltigere Tat geben, als die Neubildung und Formung des gesamten Menschseins? Wir sind die Träger dieses Gedankens. Wir wollen durch unseren gewerkschaftlichen Kampf das Alte niederrücken und zugleich den Boden schaffen für das Neue. Und darum würden all die großen religiösen Meister, lebten sie heute, auf unserer Seite sein, da ihr tiefes, inniges religiöses Fühlen nur Befriedigung finden könnte in dieser größten Tat der Gegenwart, der proletarischen Weltgestaltung.

Nehe Notstände, wie Krankheit in der Familie, Unfälle usw. in mäßliche Verhältnisse geraten ist.

Eine weitere Erleichterung für Lohn- und Gehaltsempfänger ist in Fällen geplant, in denen mittellose Angehörige vom Arbeitnehmer unterhalten werden müssen. Für diese wird gleichfalls ein bestimmter Betrag von der Steuer in Abzug gebracht werden können.

Ueber die Sätze für Werbungskosten, persönliche Steuerfreiheit (das bisherige steuerfreie Existenzminimum) usw. läßt sich vor Abschluß der Beratungen nichts Endgültiges sagen. Im wesentlichen dürfte aber die Höhe der bisherigen Sätze unverändert bleiben. Die geplante Umstellung des Abzugsverfahrens besteht also lediglich darin, daß nicht mehr vom Einkommen (Lohn oder Gehalt) entsprechende Teile vom Abzug befreit werden, sondern daß von jedem Bruttoverdienst zunächst 10 Proz. errechnet und von diesem Betrag die durch die Novelle festzusetzenden Abschläge (d. h. die steuerfreien Teile) gekürzt werden.

Die bisher dem Arbeitgeber obliegende Feststellung, welche Beträge vom Lohn oder Gehalt abzugsfrei zu belassen sind, fällt künftig fort. Das wird in Zukunft Sache der Behörde sein. Dem Arbeitgeber wird künftig nur der glatte Betrag des Abschlags bekanntgegeben werden, den er von dem 10prozentigen Lohnanteil abziehen hat.

Ueber die Einzelheiten des Verfahrens Näheres mitzuteilen, ist im gegenwärtigen Stadium nicht möglich. Ein späterer Artikel wird sich damit beschäftigen. Soviel steht jedenfalls fest, daß für alle Beteiligten (Behörde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) durch die Neuordnung des Lohnabzuges wesentliche Erleichterungen erstrebt und aller Wahrscheinlichkeit nach auch erzielt werden. Die auf diese Weise ersparte Arbeitskraft wird, was in Zeiten stärkster wirtschaftlicher Anspannung besonders notwendig erscheint, zur besseren Erfassung der Einkommen der freien Berufe verwendet werden können.

## Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Am 18., 19. und 20. Mai fand in Amsterdam die halbjährliche Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Anwesend: L. Jouhaux, 1. Vizevorsitzender (Frankreich), C. Merens, 2. Vizevorsitzender (Belgien), J. B. Williams (Großbritannien), R. Dürr (Schweiz), Th. Leipart (Deutschland), G. Dumoulin (Frankreich), R. Zaherle (Tschoslowakei), Edo Jimenez, J. Dubegeest, Sekretäre (Holland). Abwesend: J. S. Thomas (Großbritannien), der sich in Amerika befindet, und Ole D. Vian (Norwegen) und J. Caballero (Spanien), die beide durch die Situation in ihrem Lande zurückgehalten wurden. Ferner Waldeji, der gleichfalls eingeladen worden war, aber infolge der Wahlen nicht zur Sitzung kommen konnte.

Jouhaux wies in seiner Eröffnungsrede auf die Arbeit des Bureaus hin, um die auf dem Londoner Kongreß gefaßten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, wobei er feststellte, daß die Prinzipien, die in diesen Resolutionen über den Wiederaufbau der Welt niedergelegt sind, zu einem großen Teil von den Regierungen anerkannt wurden. Hierauf gelangte der Bericht über die Tätigkeit des Bureaus zur Beratung.

Unterstützung der italienischen Gewerkschaftsbewegung. Zu diesem Punkte wurde der Beschluß des Bureaus angenommen, dem italienischen Gewerkschaftsverband in Mailand (Confederazione Generale del Lavoro) für einen Kampf gegen die Reaktion einen Unterstützungsbeitrag von 50 000 Lire zur Verfügung zu stellen.

Unterstützungsfaktion für Ungarn. Hierzu wurde mitgeteilt, daß die zugunsten des Wiederaufbaues der ungarischen Gewerkschaftsbewegung eingeleitete Hilfsaktion gute Resultate erzielt hat; sechs Wochen nach dem Aufruf an die angeschlossenen Organisationen war bereits ein namhafter Betrag eingelangt.

Den vom Bureau vorgeschlagenen Maßnahmen wurde zugestimmt. Dem ungarischen Gewerkschaftsbund wird jeden Monat ein Betrag zur Verfügung gestellt werden.

Finanzen. Im Anschluß an den vom Sekretariat vorgelegten finanziellen Bericht wurde beschlossen, eventuelle Anträge auf Herabsetzung des Beitrags nicht zu unterstützen, sondern, um die Einkünfte der Internationalen zu vermehren und sie damit infand zu setzen, den an sie gestellten Anforderungen besser noch entsprechen zu können als bisher, dem nächsten Kongreß einen Antrag auf Erhebung eines Ertragsbeitrages für die Länder mit niedriger Valuta vorzulegen und auf diese Weise die Ungleichheit der Beitragsleistung nach Ländlichkeit zu beseitigen.

Einteilung der Landesgruppen. Es wurde beschlossen, dem nächsten Kongreß eine neue Einteilung hinsichtlich der Länder oder Landesgruppen, die einen Vertreter in den Vorstand zu wählen haben, vorzuschlagen und gleichzeitig einen Antrag vorzulegen, wonach die Ersatzmänner für die Vorstandsmitglieder vom Kongreß selbst zu ernennen sind.

Internationale Berufsssekretariate. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Förderung der Einheit der Organisation bezweckt und auch dem Kongreß vorgelegt werden wird.

Internationaler Arbeiterinnen-Kongreß in Genf (Oktober 1921). Es wurde beschlossen, seitens des Bundes eine Delegation zu entsenden; die angeschlossenen Organisationen können nur unter bestimmten Bedingungen an dem Kongreß teilnehmen.

Beforderte Vorstandsmitglieder. Dem nächsten Kongreß wird ein Antrag auf Vermehrung der beförderten Vorstandsmitglieder vorgelegt werden.

Die dritte Internationale. Es wurde eine Resolution angenommen des Inhalts, daß jene Organisationen, die der dritten Internationale oder der sogenannten Moskauer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind, nicht zugleich der Amsterdamer Internationale angehören können.

Die Lage in Oberschlesien. Bei Besprechung dieses Gegenstandes war ein Vertreter des polnischen Gewerkschaftsbundes anwesend. Es wurde beschlossen, wiederum eine Kommission nach Oberschlesien zu entsenden, um daselbst die wirtschaftliche Seite der oberschlesischen Frage zu untersuchen. Die Kommission soll im Juni ihre Untersuchung beginnen. Gleichzeitig sprach sich der Vorstand gegen den im Augenblick in Oberschlesien herrschenden Terror aus.

Propaganda. Es wurde beschlossen, die Propaganda in Nord- und Südamerika, Britisch-Indien, Japan und Australien kräftig in die Hand zu nehmen und wenn möglich Vertreter nach diesen Ländern zu entsenden.

Internationaler Kongreß. Beschlossen wurde, den nächsten Internationalen Kongreß im November d. J. abzuhalten. Die Wahl des Ortes wurde dem Bureau übertragen.

Internationale Arbeitskonferenz in Genf. Im Hinblick auf gewisse Gerüchte, wonach einzelne Regierungen den Artikel 888 des Friedensvertrages zu umgehen beabsichtigen, indem sie die Ernennung der Arbeitervertreter für die allgemeine Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes (November 1921) nicht mit Berücksichtigung der maßgebenden Arbeiterorganisationen vornehmen wollen, wurde das Bureau beauftragt, sich mit dem Internationalen Arbeitsamt in Verbindung zu setzen, um von ihm Garantien zu erhalten, daß die Bestimmung respektiert werden wird. Das Bureau wurde ferner beauftragt, sich mit allen angeschlossenen Gewerkschaftsverbänden ins Einvernehmen zu setzen, um, falls die oben erwähnten Gerüchte auf Richtigkeit beruhen sollten, scharfe Maßnahmen ergreifen zu können.

## Kampfmittel der Unternehmerverbände gegen Unorganisierte.

Daß die Unternehmerorganisationen gegen die ihren Verbänden nicht angehörenden Unternehmer nicht immer mit den fairesten Mitteln vorgehen, ist bekannt. Es ist auch wiederholt nachgewiesen worden, daß man auf dieser Seite zu Mitteln greift, welche

in ihrer Wirkung zur Folge haben, solche Unternehmer gewaltig zu schädigen, oder ihnen die Weiterführung ihrer Betriebe gänzlich unmöglich zu machen, wenn sie es nicht vorziehen, gegen ihre Ueberzeugung und ihren eigenen Willen der Unternehmerorganisation beizutreten. Der bekannte günstige Wind weht uns ein Rundschreiben der Deutschen Tuchkonvention auf den Tisch, dessen Wirkung sein soll, die den Arbeitgeberverbänden der Konfektionsindustrie nicht angehörenden Firmen durch Sperre von Stoffen und sonstigen Materiallieferungen zum Beitritt zu den Unternehmerorganisationen zu zwingen. Es hat folgenden Wortlaut:

Deutsche Tuchkonvention G. V.  
Düsseldorf, den 12. Mai 1921.  
Betr.: Sperre über Außenleiter der Kleiderfabrikantenverbände.

Unter Außerkraftsetzung der mit unserem Rundschreiben vom 1. März getroffenen Anordnungen werden in Gemäßheit des § 4 des mit den Kleiderfabrikantenverbänden geschlossenen Gegenseitigkeitsvertrages auf Antrag der Leitung dieser Verbände die auf der umseitigen Liste aufgeführten Abnehmerfirmen gesperrt.

In dieser Liste sind auch die am 1. Februar 1921 aufgeführten Firmen enthalten, soweit nicht bezüglich derselben die die Sperre inzwischen zeitlich aufgehoben ist.

Die unter Nr. 28 und 52 der Liste genannten Firmen Josef Kuhn, Speier, und Josef Samuel, Seltin, welche seither nur beschränkt gesperrt waren, sind nunmehr unbeschränkt, d. h. also auch für die im Rundschreiben von Nr. 6/1921 erwähnten Sondergruppen gesperrt.

Sich beziehend, teilte uns die Leitung der Kleiderfabrikantenverbände mit, daß die in unserem Rundschreiben von Nr. 6/1921 unter Nr. 11 aufgeführte Firma Ohlig u. Co., Berlin, mit richtiger Firmenbezeichnung Erich Ohlig u. Co., Berlin, wie unter Nr. 43 der Liste angegeben, heißt.

## Arbeitsstreckung durch Kurzarbeit.

Von Tag zu Tag häufen sich die Meldungen der Zahlstellen über die Ankündigung von Betriebsbeschränkungen durch Arbeitszeitverkürzung und der dann weiter angekündigten Entlassung. Nach uns gewordenen Mitteilungen dürften zur Zeit im Gau Schlesien an 1200 Kollegen verkurzt arbeiten. Diese Kurzarbeiter haben in der Erwerbslosenfürsorge auch Rechte, die es gilt wahrzunehmen. Es wird vorkommen, daß in einzelnen Landgemeinden, die von Landwirten oder sonstigen Dorfgroßen regiert werden, Schwierigkeiten gemacht werden, wenn die Kurzarbeiter ihre Ansprüche geltend machen. Obwohl angenommen werden darf, daß unsere Kollegen die Handhabung kennen, mag folgendes beachtet werden:

Bei Lohnkürzung infolge vorübergehender Einstellung oder Einschränkung der Arbeit, etwa wegen Brennstoff- oder auch Arbeitsmangel erhalten Arbeitnehmer Erwerbslosenerstützung in Höhe des fehlenden Lohnbetrages, wenn 60% des verbleibenden Wochenarbeitsverdienstes den Unterstützungsbetrag der Woche bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen. Sie bekommen jedoch nur so viel, daß Kurzarbeitsverdienst und Erwerbslosenerstützung zusammen nicht mehr betragen, als der Arbeitsverdienst bei voller Arbeitszeit. Die Bedürftigkeit ist dabei nicht zu prüfen. Den Hundertsatz von 60% kann bei Notwendigkeit die Landeszentralbehörde mit Ermächtigung des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers der Finanzen von 60 auf 50 herabsetzen.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben und auf Erfordern der Gemeinden oder Gemeindeverbände die Errechnung und Auszahlung der Unterstützung kostenlos zu besorgen.

Ferner sind für die Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung besondere Formulare vorgeschrieben, die in der Erwerbslosenfürsorge bei Bedarf unentgeltlich zu haben sind. Dies Ausfüllen hat sorgfältig zu geschehen und haftet der Arbeitgeber für die darin enthaltenen Angaben.

In die Liste dürfen nur Personen aufgenommen werden, die in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben. Andere Personen müssen ihren Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung bei der Gemeinde ihres Wohnsitzes beantragen.

Es ist dringend zu empfehlen, sich in Zweifelsfällen über diese Angelegenheit erst an die Erwerbslosenfürsorge zu wenden, auch Arbeitersekretariat oder Ortsauschuß der Gewerkschaften (Kartell).

Die Betriebsräte (Betriebsobmänner) haben bei den Berechnungen mitzuwirken. Beschwerden wegen Verweigerung berechtigter Ansprüche sind an die Regierungspräsidenten zu richten. Die Betriebsräte besorgen sich, um sich richtig orientieren zu können, ein Berechnungsformular durch die Erwerbslosenfürsorgestelle der Stadt bezw. des Kreises (Bezirksamtes, Amtshauptmannschaft), wo diese, wie bereits bemerkt, unentgeltlich ausgehändigt werden.

Aufträge der gesperrten Abnehmerfirmen dürfen nach Erhalt dieses Schreibens von sämtlichen Mitgliedern der Deutschen Tuchkonvention, des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webervereine G. V., des Verbandes der Fabrikanten halbwollener und wollener Stoffe G. V. nicht mehr angenommen oder ausgeführt werden.

Des weiteren werden unsere Mitglieder angewiesen, ihre Appreure und Lagerhalter zu verpflichten, an gesperrte Kleiderfabrikanten weder direkt noch indirekt Ware abzugeben.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, die vorstehend gegebenen Vorschriften im Hinblick auf § 11 unseres Gegenseitigkeitsvertrages mit den Kleiderfabrikantenverbänden genauestens zu beachten.

Hieran werden anschließend 72 Firmen aus 26 Städten namentlich aufgeführt, die als gesperrt gelten und von der Tuchkonvention nicht beliefert werden dürfen.

Diese Unternehmer- wie Lieferantorganisationen haben jedes Recht verweigert, über Terrorismus der Arbeiter zu reden, denn so wie dieser von ihnen gerührt wird, ist er nicht zu überbieten. — Diese Kennzeichnung der Kampfweise der Unternehmerorganisationen zur Stärkung ihrer Macht sollte für die Arbeiter besonderer Anlaß sein, auch für die Stärkung und Geschlossenheit ihrer gewerkschaftlichen Organisation überall zu wirken.

## Aus den Zahlstellen.

Aue (Bezirk S. W. S.). Sonntag, den 29. Mai, fand im Volkshaus in Chemnitz eine Sitzung der Tarifkommission für den Bezirk Südwest-Sachsen statt. Die Kommission war vollzählig erschienen. Gauleiter Mühlke konnte leider nicht zugegen sein, da er anderweitig in Anspruch genommen war. Die Tagesordnung umfaßte drei Punkte. 1. Bericht über die Verlängerung des Bezirkstarifes vom 1. April bis 30. Juni 1921. 2. Stellungnahme zum neuen Tarif. 3. Allgemeines. Bezirksleiter Zippel berichtete eingehend über die Gründe, die ihn bewegen haben, mit Zustimmung des Gauleiters den Bezirkstarif ohne Zustimmung der Tarifkommission zu verlängern. Den Zahlstellen ist am 14. April ein Rundschreiben zugestellt, aus dem ohne weiteres ersichtlich war, daß in diesem Falle nicht anders gehandelt werden konnte. Kollege Runge protestierte im Namen der Zahlstellen Wittweida dagegen und verlangt, daß mindestens die Lohnkommission zuvor davon unterrichtet werde; die übrigen Kommissionsmitglieder hielten die Handlungsweise des Bezirksleiters für richtig, denn die Zeit war zu kurz, um vorher erst eine Tarifkommissionsitzung abzuhalten. Ein anderes Resultat wäre auch nicht herausgesprochen. Abgesehen von den Unkosten, die verursacht wären. Punkt 2. Stellungnahme zum neuen Tarif. Nach ausgiebiger Diskussion kam man zu dem Entschluß, daß wir von einem endgültigen Bezirkstarif auf Grund des Berichtes im „Steinarbeiter“ vorläufig

Abstand nehmen, bis der Reichs-Arbeitsvertrag neu festgelegt ist. Die strittigen Punkte, die im Bezirk bisher vorgekommen sind, sollen bei der nächsten Tarifverhandlung mit den Arbeitgebern engtätig klar- und festgelegt werden. Zu 3. Allgemeines, berichteten die Kollegen La h r und Ne e h, daß die Differenz mit Ausnahme von Großburg gerichtlich geschlichtet ist. Im weiteren ist an die Bezirksleitung von einzelnen Zahlstellen Beschwerde eingegangen, daß die 48-stündige Arbeitswoche überschritten wird. Der Bezirksleiter wird beauftragt, die Unternehmer zu veranlassen, das das Gesetz, welches die Arbeitszeit endgültig festgelegt hat, eingehalten wird, widrigenfalls bei der Gewerbeinspektion Anzeige erstattet wird. Die Kommission bestimmt, daß die neue Lohnforderung durch die Bezirksleitung den Arbeitgebern rechtzeitig zugestellt werden soll, damit die Verhandlungen Ende Juni abgeschlossen sind.

Rammelsbach. Im Staatsbruch Rammelsbach war es bis zum Kriegsende bei der Verwaltung am Ort und einem rechtshaberischen Herrn von der Davinspektion Kaiserlautern nicht möglich, das Arbeitsverhältnis so einzuteilen, daß den Kollegen des Betriebs entsprechend ihren Arbeitsleistungen auch nur einigermaßen Rechnung getragen wurde. Nach Kriegsende hatten nun unsere Kollegen gesehen, daß der Betrieb eine Umgestaltung erfahren muß, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen einheitlicher zu gestalten. Wie oft kam es leider vor, daß tüchtige, fleißige und in ihrem Fach durch und durch erfahrene Kollegen von morgens früh bis abends spät, jahrelang sich abradern und dabei mit Wöhnen begnügen mußten, die jeder Beschreibung spotteten.

Nach dem Krieg wurde nun der Entschluß gefaßt, unter keinen Umständen so weiter zu wirtschaften, sondern das einzig und allein richtige System einzuführen, wofür unsere Kollegen schon Jahre hindurch gekämpft haben (die Knüppel im Zeitlohn zu schlagen), zu bewirklichen. Heute nun will man versuchen, eine Arbeitsmethode, die allgemein der Gerechtigkeit entspricht, seitens einer neu eingezogenen Betriebsleitung illusorisch zu machen, indem der Betriebsleiter sich dem Betriebsrat gegenüber an Hand einer Ministerialentscheidung ausdrückte, er bringe das bestehende System weg.

Wenn nun von der Betriebsleitung geltend gemacht wird, die Produktion gehe zurück, so mag dies stimmen; aber warum geht sie zurück? Diese Frage lösen können nur diejenigen, welche die praktische Erfahrung in einem Steinbruch hinter sich haben. Soll sich ein Betrieb rentieren, so sind neben den technischen Kenntnissen auch die praktischen erforderlich. Und am Herzen, die diese Voraussetzungen erfüllen, hat es bis jetzt im Rammelsbacher Steinbruch gemangelt; ob es nun in Zukunft unter der neu eingezogenen Betriebsleitung besser wird, müssen wir abwarten. Ein Betrieb, in dem 600—650 Arbeiter beschäftigt werden könnten (einschl. Frauen), hat nur eine Belegschaft von knapp 500, es ist das aber leicht denkbar, denn während des Krieges wurde nur dem guten Material nachgerückt und somit all das minderwertige, wie z. B. Wechsel, d. h. die Gesteinsmasse, die als Verwertung in jedem Steinbruch vorhanden ist, nicht beseitigt. Auch nach dem Kriege wäre es noch Zeit gewesen, diese Aufräumungsarbeiten im Angriff zu nehmen, dann hätten wir heute diese Miswirtschaft nicht. Heute könnte eine Anzahl Knüppelschläger die Zuschläger und Richter (letztere sind im Morb) reichlich mit Pflastersteinmaterial versorgen, aber bei diesen Zuständen ist es einfach nicht möglich. Nun wird jedem Kollegen klar, warum bei 50 Knüppelschlägern das Affordbystem wieder eingeführt werden soll; es wäre wieder wie früher, daß unsere Kollegen einen großen Teil ihrer Arbeitskraft dem Betrieb unentgeltlich zur Verfügung stellen müßten.

Es wäre endlich an der Zeit, zu handeln, alle verfügbaren Arbeiter heranzuziehen, um die Aufräumungsarbeiten durchzuführen.

Nun zum Aufschluß über das Verhältnis der Knüppelschläger: 1 Knüppelschläger schlägt pro 8 Stunden 4 Wagen Knüppel, 50 Knüppelschläger schlagen in 400 Stunden 200 Wagen Knüppel, ohne das Material, welches zum Schotterwerk kommt und von den Knüppelschlägern auch zerkleinert werden muß. 15 Knüppelschläger arbeiten aber das ganze Jahr 1920, auch jetzt noch — es ist nur das Jahr 1920 zugrunde gelegt — an Stellen, wo sie das ganze Jahr hindurch statt 4 Wagen bei Normalleistung nur 1 Wagen schlagen können pro 8 Stunden, weil eben durch die unwirtschaftliche Betriebsrichtung sie an Stellen beschäftigt sind, die weniger geeignet sind für Pflastersteinmaterial und somit Aufräumungsarbeiten berichten. Bei letzteren 15 Knüppelschlägern wird daher pro Mann in 8 Stunden statt 4 Wagen nur einer geschlagen, ein Minus von 3 Wagen pro Mann; bei 15 Knüppelschlägern in einer täglichen Arbeitszeit von 15 x 8 Stunden = 120 Arbeitsstunden statt 60 Wagen Knüppel nur 15 Wagen, somit ein Minus von 45 Wagen täglich.

Wenn nun die Jahresarbeitsstunden der 15 Knüppelschläger errechnet werden, so ergibt sich eine Stundenzahl von 31 000. In diesen 31 000 Arbeitsstunden werden statt 15 780 Wagen nur 3945 Wagen geschlagen, ein Minus von 11 835 Wagen. Mit diesem Minus von 11 835 Wagen Knüppel hätten jährlich 30 Richter beschäftigt werden können und die Pflastersteinproduktion wäre bedeutend erhöht worden. Nun mußte aber diese Arbeitergruppe (Richter), weil nicht genügend Material für sie zur Verarbeitung vorhanden war, sich mit Hilfsarbeiten abfinden, natürlich kamen dann die Klagen der Betriebsleitung und der Mühsand soll der Arbeiterschaft aufs Konto geschrieben werden. In diesem Jahre, wo man sich mehr versprochen hatte, ist es genau so, trotz dem vielen Versprechungen.

Es wäre endlich an der Zeit, daß die staatliche Behörde einschreitet und der Miswirtschaft ein Ende bereitet; in erster Linie möchte das bayrische Ministerium des Innern Tatsachen erforschen und nicht einseitige, bürokratische Urteile entgegennehmen, sondern sachmännische und korrekte Männer auswählen, die diesen Betrieb einmal wirtschaftlich einstellen.

Lütchenbach. Am 29. Mai sollte im Girischen zu Malsburg eine Steinarbeiterversammlung abgehalten werden mit der Tagesordnung: Wahl eines 1. Vorsitzenden und Verschiedenes. Diese konnte aber wegen eines zu schlechten Besuches nicht stattfinden. Die Anwesenden traten dann in eine Besprechung ein, mit dem Ergebnis, in je einer Betriebsversammlung in Malsburg und Lütchenbach die Tagesordnung zu erledigen. Der Vorsitzende und Betriebsobmann G i e x e r gab in der Besprechung den Grund bekannt, warum er von hier scheiden will, nämlich seine Funktionen erledigt seien. In den Betriebsversammlungen am Montag, dem 30. Mai wurde Kollege Friedrich O h w a l d-Lütchenbach zum 1. Vorsitzenden gewählt. Es haben in letzter Zeit schon mehrere Kollegen dem Betrieb der Firma Gebr. Thiele den Rücken gekehrt, nun folgt ihnen der Vorsitzende mit noch etlichen Kollegen, alle wegen Steinmangels und schlechten Materials. Es ist schon zur Gewohnheit geworden, daß die Affordarbeiter oft zwei und noch mehr Stunden am Tage wegen Steinmangels feiern müssen. Der Betriebsrat hat sich alle Mühe gegeben, um die Mißstände abzustellen, was aber wegen Ueberhäufung des Lagers und schlechten Geschäftsgang nicht möglich war. Auch betreibt die Firma Gebr. Thiele seit einiger Zeit geradezu eine Verhüllungsdiplomatie; sind einige Kollegen abgereift, so werden sofort Verhüllungen eingestellt, wenn sie auch zum Teil kaum der Schule entwachsen sind und kaum den Hausbau übersehen können. Auch wäre zu wünschen, daß in Zukunft unsern neuen Funktionären durch Kleinfelder Haber ihr Amt nicht berekelt wird, sondern daß sie von den Kollegen durch Zusammenarbeiten unterstützt werden. Auch der Versammlungsbesuch muß in Zukunft ein besserer werden, denn die Versammlung ist der Ort, wo jeder Kollege seine Meinung zum Ausdruck bringen kann, nicht durch ein oft unverständliches Geschimpfe hinterherum, sondern nur durch Einigkeit wird es uns möglich sein, unsere Lage zu verbessern!

Herbede. Am 3. Juni fand hier in der „Tonhalle“ eine Steinarbeiterversammlung statt, zu der auch der Bezirksleiter, Kollege R i g, anwesend war. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Unsere Lohnbewegung. 2. Unsere organisierte Arbeiterschaft. 3. Gründung einer Zahlstelle. Zum 1. Punkt wurde unsere neue Lohnforderung von 8 Mark Stundenlohn besprochen, und allgemein das Verhalten der Unternehmer kritisiert. Zum 2. Punkt hielt der Bezirksleiter ein Referat, worin er Ziele und Aufgaben

Die organisierte Arbeiterschaft hat lange und betont, daß nur durch die Bepflanzung der Arbeiterschaft den Unternehmern die Macht gegeben ist, gegen die Interessen der Kollegen zu arbeiten, und daß wir nur durch Einigkeit unser Ziel erreichen können. Die darauffolgende Diskussion war nicht von Bedeutung. Beim 3. Punkt verließen die Kollegen, die in der Union organisiert sind, und nicht zum Zentralverband übertraten wollen, auf Erfragen des Bezirksleiters den Saal; hierauf wurde zur Wahl der Zahlstellenverwaltung geschritten. Gewählt wurden die Kollegen Georg Koss zum 1. Vorsitzenden, Johann Kahl zum Kassierer, August God zum 2. Vorsitzenden, Emil Geisler und Jakob Bühr zu Revisoren. Am 2. Juni hielten wir unsere erste Mitgliebertagung ab und regelten die Lokalfrage und den Ortszuschlag für die Beiträge; dieser wurde auf 25 Pf. pro verkaufte Marke festgelegt. Ferner wurde beschlossen, jeden 1. Sonntag im Monat eine Versammlung abzuhalten. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen noch, treu zur Organisation zu halten, mitzuarbeiten und die Versammlungen zu besuchen.

## Rundschau.

**Aus unserm Beruf und Industrie.** Durch einen bedauerlichen Unfall büßte der Kollege Eduard Bischoff aus der Zahlstelle Eisenach sein Leben ein. Am 28. Mai fuhren vier Kollegen mit beladenem Kraftwagen (ein Kriegerdenkmal, zwei andere Grabdenkmäler) nach der Mühl. Unterwegs schlug der Wagen um und begrub drei im Wagen befindliche Kollegen unter sich. Zwei waren tot (der andere Verunglückte gehört dem Bauarbeiterverband an). Der dritte Kollege wurde verletzt, während der vierte rechtzeitig abspringen konnte.

Der „Berufsverband der Steinarbeiter“, der mit andern sogenannten Berufsverbänden (Keramiker, Glasarbeiter, Bieglar) im Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter seinen zentralen Zusammenschluß findet, empfindet seinen Mangel „zum Rücken“, vier Extrabeiträge zu leisten. Das ist ein Vorgang, wie er im Verbandsleben manchmal notwendig erscheint. Unklar ist jedoch, wenn es in einem Flugblatt der Christlichen heißt: „Für diese Extrabeiträge wird eine Erhöhung der Streikunterstützung gewährt.“ Dabei teilt uns ein Kollege mit, der die Geschichte genau kennt, daß daran kaum zu denken sei; denn 1. wird das Geld zu andern Zwecken notwendig gebraucht. 2. Hinter Streiks ist stets ein großes Fragezeichen zu machen. 3. Versteht man wohlweislich, um wieviel die Unterstützung erhöht wird. — Wir nehmen von der Sache Notiz mit dem Bemerkung, daß diese christliche Praxis uns längst bekannt ist als ihnen anhaftende Berufskrankheit.

Das Internationale Steinarbeitersekretariat beruft auf Sonntag, den 21. August 1921 nach Innsbruck einen Kongreß für die dem Internationalen Steinarbeitersekretariat angeschlossenen Landesverbände ein. Da vor und nach diesem Tage Konferenzen der Bauarbeiter-Internationale stattfinden werden, sind die Delegierten eruchtet, spätestens am 20. August in Innsbruck einzutreffen. Unser Kongreß wird am 21. August frühzeitig beginnen und wird ohne weiteres eine Vor-Konferenz auf Samstag, den 20. August, abends, sich notwendig machen.

Die Delegierten aller Länder mögen rechtzeitig sich ihre Pässe beschaffen.

Genauere Angaben über diesen Kongreß, Zeit, Lokal, Tagesordnung werden wir nächstens zustellen. Eventuelle Anträge zuhanden der Praktikantenliste wollen man bis Mitte Juni dem Unterzeichneten zustellen. Als einer der wichtigsten Verhandlungspunkte wird derjenige des Anschlusses an die Bauarbeiter-Internationale sein.

Wir hegen die Hoffnung, daß an diesem Kongreß alle dem Sekretariat angeschlossenen Landesverbände vertreten sein werden.

Internationales Sekretariat der Steinarbeiter:

Rob. Kolb,  
Anwandstraße 8 in Zürich 4.

**Gewerkschaftliche Jugendkonferenz.** Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beruft zu Freitag, den 19., und Sonnabend, den 20. August, eine Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendbewegung nach Kassel ein. Die Einladung zur Entsendung von Delegierten richtet sich nur an die Verbandsvorstände, doch können auf Wunsch auch Gewerkschaftskartelle, die besondere Jugendsekretäre angestellt haben, an der Konferenz teilnehmen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Methoden der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. 2. Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen. 3. Bildungsfragen. 4. Das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung. 5. Zentrales und lokales Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen.

**Soziales.** Nieder mit der Sozialpolitik. Die „Arbeiterzeitung“ zieht aus der Annahme des Ultimatum der Entente für die Arbeiterschaft bedeutsame Schlussfolgerungen. Sie schreibt:

„Wenn der Sozialdemokratie der Entschluß zur Annahme im Falle dadurch leicht geworden sein sollte, daß sie damit rechnet, daß die ungeheuerlichen Lasten der Erpressung letzten Endes doch vom Kapital allein getragen würden, so dürfte die Zukunft sie darin bitter enttäuschen...“ Selbst der stärkste Wirtschaftsorganismus könne eine solche Blutabzapfung nicht vertragen. Von dem Stichtum unserer Wirtschaft werde die Lebenshaltung der Arbeiter fraglos stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Hauptlast werde auf die Industrie abgewälzt werden. Ob diese Last wird tragen können, haben Sachverständige bezweifelt. Sie wird es ganz gewiß nicht können, wenn sie gleichzeitig weiter wie bisher durch die in Massen hergestellten sozialen Gesetze und Verordnungen gefesselt wird, die einseitig dem Standpunkt des Arbeitnehmers Rechnung tragen. Es wird sich als unabwendbar herausstellen, wenn die Industrie unter dem Druck des Feindes nicht erstickt soll, daß Gesetze und Verordnungen, wie das Betriebsrätegesetz, Einstellungen und Entlassungen von Arbeitnehmern usw. einer Durchsicht in dem Sinne unterzogen werden, daß der die Verantwortung für die Rentabilität des Betriebes und damit für die Existenz seiner Arbeiter tragende Fabrikleiter wieder Herr in seinem Betriebe wird. Für sozialistische Experimente ist die Zeit zu erst.“

Man kann dem Worte nur dankbar sein, daß es so deutlich die Absichten enthüllt, die in den ihm nahestehenden Kreisen gehegt werden. Bei einigem Nachdenken müßte aber auch diese geschätzte Stelle sich sagen, daß die Zeit wirklich zu ernst ist, um das Experiment zu machen, den alten Herrn-im-Hause-Standpunkt wieder aufzurichten zu wollen. Aber auch nach einer andern Richtung hin ist dieser Ertrag der Unternehmung interessant. Er zeigt der Arbeiterschaft, was sie zu erwarten hat, wenn keine starken, einheitlichen wirtschaftlichen Organisationen vorhanden sind. Die ganzen Lasten sollen der Arbeiterschaft aufgebürdet werden, während die Kapitalisten sich von ihren Verpflichtungen drücken wollen.

**Beruf und Zahnkrankheiten.** Die Zahnkrankheiten sind bekanntlich überaus verbreitet. Es gibt nur wenige Menschen mit völlig gesunden Zähnen. Für manche Berufe, wie die Bäcker, kommt die Zahnkrankheit direkt als Berufskrankheit in Betracht, doch ist die direkte Einwirkung des Berufes auf die Zähne nur gering. Dennoch übt das soziale Leben indirekt einen unheilvollen Einfluß auf die Gesundheit der Zähne aus. Das Lehren und Untersuchungen, die von Fargin-Fayelle an der Pariser Arbeiterbevölkerung angestellt worden sind und über die in der Presse medicale berichtet wird. Die Zahl der Zahnkrankheitsfälle ist nach diesen Feststellungen um 50 Prozent höher bei Tuberkulösen als bei Personen mittleren Gesundheitszustandes und um 15 Prozent höher wie bei Leuten, die mit verschiedenen anderen Leiden behaftet sind. Und da die Tuberkulose die Krankheit des proletarischen Volkes ist, so ist es nach diesen Ergebnissen auch das proletarische Volk, das am meisten unter den Zahnkrankheiten zu leiden hat. Wenn es immer wieder die innigen Zusammenhänge zwischen Volkswohl und wirtschaftlichem Leben festgestellt werden, dann scheint es kaum fahbar, daß da noch so viele abseits stehen vom Kampfe gegen den Kapitalismus, der die Wurzel all dieses Elends bedeutet.

**Soziales Los und Tuberkulose.** Eine vom Kreisarzt Dr. Fischer in Frankfurt am Main ausgearbeitete Statistik über die Tuberkulosesterblichkeit in Frankfurt am Main in den Jahren 1912 bis 1914, über die die Zeitschrift für Sozialhygiene berichtet, lehrt uns nur zu deutlich einmal wieder die Tuberkulose als Proletariatskrankheit. Die Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit betrug nämlich bei den männlichen Personen nur 28 Proz., bei den weiblichen aber 82 Proz. Und daß diese gewaltige Steigerung der Tuberkulosesterblichkeit beim weiblichen Geschlecht auf das soziale Leben zurückzuführen ist, dem die schwächere Frau nicht so gewachsen ist wie der Mann, das zeigen uns die Angaben über die Sterblichkeit in den verschiedenen Altersklassen. In der Zeit bis zu 15 Jahren ist die Sterblichkeit im großen und ganzen gleich, der Unterschied ist verhältnismäßig minimal. Aber dann, wenn das werktätige Leben beginnt, schnell die Sterblichkeit im weiblichen Geschlecht gewaltig in die Höhe. Während die Tuberkulosesterblichkeit beim männlichen Geschlecht zwischen 15 und 30 Jahren „nur“ 31 Proz. betrug, hat sie beim weiblichen 92 Proz. betragen. Und im Alter von 30 bis 60 Jahren betrug sie statt 30 Proz. bei den Männern gar 96 Proz. bei den Frauen. Diese Zahlen zeigen uns nur zu deutlich die Tuberkulose, die heute eine solche Verbreitung gefunden hat, als soziale Krankheit. Die Tuberkulose ist und bleibt die Proletariatskrankheit.

**Beachtliche Notizen.** Zur Verbesserung des einheimischen Tabaks. In Süd- und Mitteldeutschland haben eine Anzahl unserer Verbandsmitglieder selber Tabak angebaut. Damit nun deren Kraut für sich und andere auch „genießbar“ wird, ohne dabei bläsig zu werden, mögen sie folgendes beachten: Zur Verbesserung ist eine sogenannte Fermentation erforderlich. Diese konnte, wenn sie eine wirkliche Verbesserung des Geschmacks und der Beseitigung der Folge haben sollte, bisher nur im großen, also in Fabriken geschehen. Der Kleingärtner oder Kleinbauer, der für seinen eigenen Gebrauch Tabak herstellen wollte, machte bei seinen nach besten Kenntnis vorgenommenen Fermentationsversuchen gewöhnlich die üblichen Erfahrungen, namentlich, weil es ihm an einer Weize fehlte, die geeignet ist, Tabak auch in kleinen Mengen zu fermentieren. Eine solche Weize hat der Chemiker Geber erfunden und bringt sie unter dem Namen „Labeizim“ in den Handel. Das Mittel ist schon vielfach ausprobiert und auch von amtlichen Stellen für gut befunden worden. Unter anderm hat die Gauverteilungsstelle der Eisenbahngeneraldirektion zu Stuttgart angeordnet, daß ein Hinweis auf dieses neue Verfahren in den Diensträumen sichtbar ausgehängt werden soll. Eine kleine Flasche Labeizim, ausreichend für 8 Pfund Rohstoff, kostet 10,55 M., eine große Flasche, ausreichend für 30 Pfund, 31,65 M. Da zum Tabakbau ferner gewisse Kenntnisse nötig sind, hat der Erfinder ein Buch: „Hinweise und Erfahrungen für den kleinen Tabakpflanzer“ herausgegeben (87 Seiten, 6,80 M.). Ferner kann man von ihm noch ein besonders zusammengestelltes Düngemittel (Tabit, für 50 Pflanzen 3,50 M.) und eine Salbe zur Schädlingsbekämpfung (Tabol, 3,50 M.) beziehen.

Die Behauptung des Erfinders, daß es möglich sei, mit Hilfe seines Verfahrens einen angenehmen und beseitigenden Rauchtabak herzustellen, der 8- bis 10 mal billiger als Auslandstabak und einer mittleren Auslandserte gleichwertig ist, klingt nach dem Angeführten nicht unwahrscheinlich, und es ist schon anzuraten, einen Versuch damit zu machen, um so mehr, da es auch von nicht zu unterschätzender volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, wenn jährlich schon so viele Millionen weniger für Tabak ins Ausland wandern. Labeizim eignet sich ferner dazu, ungenießbaren Tabak zu verbessern und schweren Tabak leichter beseitigbar zu machen. Bestellungen sind zu richten an den Erfinder Chemiker Geber (Stuttgart 12, Gaisburgstraße 27/29), der die Zusendung unter Nachnahme veranlassen wird.

## Achtung, Zahlstellenvorstände!

Die graue Karte zur Arbeitslosenstatistik muß bis zum 3. jeden Monats eingesandt werden. Auch dann, wenn am Ort keine Arbeitslosigkeit in unserer Industrie zu verzeichnen ist, muß trotzdem die Einsendung der Zählkarte erfolgen.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

**Ausschreibung.** Für den 4. und 5. Gau wird je ein Gauleiter gesucht.

Im 4. Gau (künftig Sitz Göttingen) macht sich eine Neubefugung notwendig durch den Rücktritt des Kollegen **Zachow** (Bremen), sie ist wesentlich veranlaßt durch die Wohnungsschwierigkeit.

Durch eine neue, für die Agitation praktisch notwendig gewordene Einteilung überwiegt im 4. Gau die Pflasterstein- und Schotterindustrie. Die Bewerber mögen das beachten!

Der 5. Gau ist geteilt worden. Während Kollege Menges seinen Sitz in Frankfurt a. M. als Gauleiter des neugebildeten 9. Gaues behält, ist der 5. Gau mit dem Sitz in **Böln** neu zu besetzen.

Geeignete Bewerber, die dem Verbandsmitglied mindestens fünf Jahre angehören, wollen ihr Bewerbungsschreiben nebst Lebenslauf und einer Arbeit über die Aufgaben eines Gauleiters bis zum 26. Juni an den Verbandsvorstand, Adresse **Ernst Windler**, einreichen.

Die neue Gaueinteilung wird in der Nr. 27 bekanntgegeben.

Für die Zahlstellenverwaltungen. Wiederholt werden vom Vorstand Zeitungstaschen und Futterale für Mitgliedsbücher verlangt, die jedoch infolge der hohen Preise vom Vorstand nicht geliefert werden können. Unser bisheriger Lieferant: **Merkel & Co.**, Meißen, Hirschberger Straße 41 ist dagegen bereit, den Zahlstellen bei ihrem Bedarf entgegenzukommen. Er führt Zeitungstaschen in grau und schwarz 36x25x10; Preis 24,50 Mark und 26,50 Mark. Zeitungstaschen aus Leder kosten 71 Mark pro Stück. Außerdem können Doppelstaschen in verschiedener Ausführung, die zugleich als Brieftasche und Mitgliedsbuchtasche zu benutzen sind, bezogen werden. Den Zahlstellenverwaltungen ist zu raten, sich direkt an die genannte Adresse zu wenden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 15079 auf den Namen **Hans Gebauer** ausgestellt, ist verloren. Vor Mißbrauch wird gewarnt, da das Buch keine Gültigkeit mehr besitzt.

**Ausschluß.** Wegen Schädigung der Verbandsinteressen sind die Steinmehrer **Friedrich Zahnte** und **Gustav Santowsky**, Zahlstelle **Berlin**, aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Allen Kollegen, die sich an der Sammlung beteiligten, sage ich meinen Dank. **Michael Gareis, Bucha Nr. 27.**

## Adressenänderungen.

**3. Gau.**  
Erstr. Vorf.: **Stephan Wirth**, Damweg 11.  
**Kirchberg (Sa.)**, Kass.: **Wilhelm Schneider**.  
Bühned. Vorf.: **Julius Gaaf**, Lutherplatz 1.

**5. Gau.**  
Herbede i. Westf. Vorf.: **Georg Koss**, Hauptstraße 3. Kass.: **Johann Kahl**, Attenberger Straße 17.

**7. Gau.**  
Regensburg. Vorf.: **Josef Feuerer**, Neumannstr. 18.

## Briefkasten.

**E. G.** Die ewigen Forderungen sind im Preise nicht vorgesehen. Dafür wird künftig 10 Prozent Zuschlag berechnet.

**M. A.** Inserat hat nicht viel Zweck. Auch muß Betrag vorher eingesandt werden, sonst keine Aufnahme.

**A. B.** Mein! Eine besondere Versicherung ist nicht vorgeschrieben. Uns auch nicht bekannt, daß für diese Zwecke eine besondere Versicherung eingingen. Lebensversicherungen ja, die schließlich aber auch andere ab, die minder gefährliche Arbeit verrichten.

## Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Die Gartenvorstadt - Leipzig-Marienbrunn - Denkschrift verlegt bei **H. A. Ludwig Degener**, Leipzig, ermäßigter Preis brosch. 1 M., kart. 1,50 M., zuzügl. 150 Proz. Verleger-Verrechnungs-Zuschlag.

Gegenwärtig, wo es keinen Verein, kein gemeinnütziges Bauunternehmen, ja fast keinen einzelnen Menschen mehr gibt, der nicht von der umfassenden Tätigkeit des Hauptauschusses von Kriegerheimstätten berührt und nicht für die Lösung dieser sozial und politisch ungemein wichtigen Frage begeistert wäre, ist es geboten, an die praktischen Beispiele der Wohnungs- und Siedlungsreform zu erinnern. Dank der tatkräftigen Förderung von Reich, Staaten und Gemeinden, Landesversicherungsanstalten und andern öffentlichen rechtlichen Geldgebern, dank der aufopfernden Tätigkeit der Leitungen von Bauvereinigungen der verschiedenen Rechtsformen sind schon vor dem Kriege sehr beachtliche Ansätze zur allgemeinen (Wieder-)Einführung des Flachbaues in allen Gegenden des Deutschen Reiches entstanden. In Anbetracht der Größe und Schwierigkeit der zu lösenden Aufgabe erscheinen diese Ansätze vielleicht noch als gering, trotzdem handelt es sich doch um die Wiedereiner bernünftigen Stadterweiterung und volkswirtschaftlich wünschenswerten Zentralisation. — Eine derartige Siedlung ist die Gartenvorstadt Leipzig-Marienbrunn, die als Erbschaftsunternehmen innerhalb des Reichsbildes der Stadt Leipzig den Beweis liefert, daß der Flachbau nicht nur in ländlichen Gegenden wirtschaftlich möglich ist und Berechtigung hat. In ihrer Weihnacht 1913 erschienenen Denkschrift hat die Trägerin dieses Unternehmens, eine gemeinnützige G. m. b. H., sehr beachtliche Ausführungen über sein Zustandekommen aus der Feder erfahrener Fachleute mit reichlichen Abbildungen zusammengestellt. Jeder, der zur Reform unseres heutigen Wohnwesens beitragen und an der Lösung der Frage der Kriegerheimstätten mitarbeiten will, auch wer derartigen Unternehmen skeptisch gegenübersteht, vermag sich an Hand dieser Schrift ein Bild vom Werden und Sein einer solchen Siedelung zu machen.

## Anzeigen

Trotz sorgfältiger Prüfung aller Arbeitsangebote ist nicht zu vermeiden, daß hin und wieder eins unterläuft, wo das Verhalten des betreffenden Arbeitgebers alles andere notwendig erheischt, nur keine Vermittlung von Arbeitskräften durch den „Steinarbeiter“. Daraus erwächst die Pflicht für unsere Kollegen, nicht (sofort an Ort und Stelle zu fahren, sondern sich erst über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse schriftliche Unterlagen zu verschaffen. Manche Enttäuschung wird damit vermieden, auch mancher Groll gegen den Redakteur.

Entwürfe, Bildhauerarbeiten n. gegeb. Stizz., Alphabete, Grabmal- u. Kriegerdenkmäler z. Durchpaß a. Stein od. Holz zeichnet **Franz Siegler**, Bildhauer, Sieben. (Hessen). Verlangen Sie Schriften-Entwürfe.

**6 tüchtige Maschinenschleifer** für Granit bei hohem Lohn sofort gesucht. **Granit- und Diabaswerke**, Paul Burger, Ing. **Baumholder**, Reg.-Bez. Trier.

**Steinmehrer** für Sandsteinarbeiten sucht zu dauernder Beschäftigung bei gutem Lohn. Auch Winterarbeit vorhanden. **E. Dürr, Soverswerda**.

**Tüchtige Steinmetzen**, auch einen **Vorarbeiter** zum sofortigen Eintritt gesucht nach Warstein zur Bearbeitung und Gewinnung von hartem Quarzgestein. Lohn gegen ortsüblichen Stundenlohn u. neu nach Übereinkunft zu errichtendem Akkordtarif. Angebote an:

**Deutsche Champagnesteinwerke GmbH**, Geschäftsstelle: Porta Westphalica

**Ein Steinmehrer**, sauberer Granitschriftbauer und Sandsteinarbeiter wird für sofortigen für dauernd in erste Stellung gesucht. Derselbe muß instande sein, den Meister zeitweise vertreten zu können und erhält außer zeitgemäßem Lohn eine Umsatzprovision. **Gasse & Co., Belgard-Perf. (Pommern)**.

Gesucht zum sofortigen Eintritt **2 ledige Steinmehrer** die im Scharrieren von Kunststein-Denkmalen erfahren sind. — Stundenlohn 7 Mark. — **Gebr. Nordmann, Kunststeinwerke, Lübeck**.

**Granitsteinmehrer, Sandsteinmehrer u. Marmorsteinmehrer** stellt ein **Bruno Merkel, Liegnitz** Stein- u. Bildhauerei, Grantwerk

**Gesucht ein tüchtiger Granitsteinhauer** auf Grabdenkmäler, der selbstständig arbeiten und Geschirr schärfen kann. Eintritt sofort. Dauernde Stellung. Kost u. Wohnung erhältlich. **Aug. Dietsche, Wellendingen**, Post Bonndorf I. Schwarzwald.

## Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Demitz-Thumitz** am 26. Mai der Brecher **Traugott Bannasch**, 39 Jahre alt, Lungenentzündung; am 8. Juni der Brecher **Gustav Sesse**, 32 Jahre alt, Betriebsunfall.

In **Häslicht** am 27. Mai die Hilfsarbeiterin **Ernstine Ridiger**, 30 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Stuttgart** am 27. Mai der Steinmehrer **Simon Hasis**, 62 Jahre alt, Schwäche.

In **Eisenach** am 28. Mai der Granitsteinmehrer **Eduard Bischoff**, 41 Jahre alt, Unfall.

In **Dresden-Pirna** am 30. Mai der Sandsteinmehrer **Paul Kern**, 41 Jahre alt, Keilspalttuberkulose; am 7. Juni der Sandsteinmehrer **August Kautsch**, 55 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Gummersbach** am 5. Juni der Hilfsarbeiter **Eugen Wirth**, 18 Jahre alt, Unglücksfall außerhalb des Berufes.

Verantwortliche Schriftleitung: **Hermann Siebold**, Verlag von **Ernst Windler**, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.